

Die öffentlich-rechtliche Klausur im Assessorexamen

Kaiser / Köster / Seegmüller

7. Auflage 2026
ISBN 978-3-8006-7862-4
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die öffentlich- rechtliche Klausur im Assessorexamen

Von

Torsten Kaiser

Rechtsanwalt

Wirtschaftsjurist (Univ. Bayreuth)

Seminarleiter bei den Kaiserseminaren

Thomas Köster

Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Dipl.-Verwaltungswirt (FH)

Seminarleiter bei den Kaiserseminaren

Dr. Robert Seegmüller

Richter am Bundesverwaltungsgericht

Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin a.D.

Seminarleiter bei den Kaiserseminaren

7., neu bearbeitete Auflage 2026

Verlag Franz Vahlen


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
vahlen.de

ISBN PRINT 978 3 8006 7862 4

© 2026 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@vahlen.de
Druck und Bindung: Himmer GmbH Druckerei & Verlag
Steinerne Furt 95, 86167 Augsburg

Satz: R. John + W. John GbR, Köln
Umschlag: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Saar



vahlen.de/nachhaltig
produktsicherheit.vahlen.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Dieses Lehrbuch ist für die Wochenendseminare entwickelt worden, die die Verfasser zur Vorbereitung auf die öffentlich-rechtlichen Klausuren im Assessorexamen veranstalten. Es ist als Wissensbasis für die Nacharbeitung und Vertiefung des in den Seminaren vermittelten Stoffes gedacht. Es kann aber auch unabhängig von der Teilnahme an den Onlineseminaren Grundlage für die Examensvorbereitung sein, da es alle wesentlichen formalen Fragen und die prozessualen Examensprobleme behandelt, die Gegenstand von öffentlich-rechtlichen Aufgabenstellungen im Assessorexamen sind.

Nach grundlegenden Hinweisen zur Examensvorbereitung und zur Bearbeitung von öffentlich-rechtlichen Aktenauszügen lernen Sie im ersten Abschnitt des Buches, wie verwaltungsgerichtliche Urteile, Gerichtsbescheide und Beschlüsse formal ordnungsgemäß aufzubauen und prozessual richtig zu lösen sind. Bei dieser Darstellung haben wir uns auf die in Examensklausuren am häufigsten vorkommenden prozessualen Fallkonstellationen konzentriert und auf eine weitergehende abstrakte Erörterung des Verwaltungsprozessrechts verzichtet. Ziel dieses Buches ist nämlich weniger eine wissenschaftliche Darstellung des Verwaltungsprozessrechts als vielmehr eine komprimierte Zusammenfassung der Klausurprobleme, mit denen Sie im Assessorexamen tatsächlich rechnen müssen.

Der folgende Abschnitt des Skripts ist der „verwaltungsbehördlichen Klausur“ gewidmet (auch verwaltungspraktische Klausur genannt). Hier werden die Aufgabenstellungen behandelt, die im Examen aus der Perspektive eines Verwaltungsjuristen zu behandeln sind, seien es Ausgangs- und Widerspruchsbescheide oder behördliche Erwidern auf einen verwaltungsgerichtlichen Rechtsbehelf. Auch die etwas exotische, aber von den Justizprüfungsämtern bereits verlangte Bescheidung einer formlosen Beschwerde wird behandelt. Nach der Lektüre des Skripts können Sie auch diese zugegebenermaßen ungewöhnliche Klausuraufgabe ohne Weiteres bewältigen!

Schließlich finden Sie im dritten Abschnitt das notwendige Handwerkszeug für die „Anwaltsklausur im öffentlichen Recht“. Diese fällt vielfach auch deswegen schlecht aus, weil die Kandidaten die von den Prüfungsämtern regelmäßig verlangte anwaltliche Beratung ihres Mandanten nicht ausreichend erörtern. Wir haben daher besonderen Wert auf die Darstellung der anwaltlichen Zweckmäßigkeitserwägungen und des praktischen Teils des Anwaltsgutachtens gelegt, sodass Sie auch insoweit gut auf Ihr Examen vorbereitet werden.

Die zweite „Säule“ Ihrer Examensvorbereitung im öffentlichen Recht muss das materielle Recht sein. Hierzu verweisen wir Sie auf das Kaiserseminar „Materielles Öffentliches Recht im Assessorexamen“ und das entsprechende Lehrbuch. Dort können Sie Ihr Wissen in den materiellen Themen, die immer wieder Gegenstand von Assessorexamensklausuren sind, auf Examensniveau heben.

Für Anregungen und Kritik sind wir unter th.koester@gmx.de und robert.seegmueller@outlook.de jederzeit dankbar.

Lübeck, Münster, Berlin im Januar 2026

Torsten Kaiser
Thomas Köster
Dr. Robert Seegmüller



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXI
1. Teil. Die öffentlich-rechtliche Klausur im Assessorexamen – Anforderungen und Examensvorbereitung	1
A. Der öffentlich-rechtliche Teil des Assessorexamens	1
B. Erwartungen der Prüferinnen und Prüfer im Assessorexamen	2
C. Die häufigsten Fehler in öffentlich-rechtlichen Examensklausuren	3
D. Ratschläge zur Examensvorbereitung im öffentlichen Recht	7
2. Teil. Die Klausurtypen im Assessorexamen	9
1. Abschnitt. Die verwaltungsgerichtliche Klausur	9
1. Kapitel. Die verwaltungsgerichtliche Urteilklausur	9
A. Rubrum	9
I. Aktenzeichen	10
II. Bezeichnung des Gerichts	11
III. Überschrift und Bezeichnung der Entscheidung	11
IV. Bezeichnung der Beteiligten	11
1. Bezeichnung Kläger, gesetzliche Vertreter und Bevollmächtigte	12
2. Bezeichnung des Beklagten im Passivrubrum	14
3. Darstellung des Beigeladenen im Rubrum	16
V. Kurzzangabe des Streitgegenstandes	16
VI. Bezeichnung des Gerichts, des Spruchkörpers und der Richter	16
B. Tenor	17
I. Die Hauptsacheentscheidung	17
1. Anfechtungsklage	17
2. Verpflichtungsklage	19
3. Fortsetzungsfeststellungsklage	20
4. Feststellungsklage	20
5. Leistungsklage	21
II. Entscheidung über die Kosten	22
1. Vollständiges Obsiegen	23
2. Teilweises Obsiegen	23
a) Regelfall: Verhältnismäßige Teilung; § 155 I 1 Var. 2 VwGO	23
b) Kostenaufhebung; § 155 I 1 Var. 1 VwGO	23
c) Volle Auferlegung der Kosten; § 155 I 3 VwGO	23
3. Sonderkonstellationen	24
a) Mehrere kostenpflichtige Hauptbeteiligte; § 159 S. 1 VwGO iVm § 100 ZPO	24
b) Kostenentscheidung im Fall der Beiladung; §§ 154 III, 162 III VwGO	24
c) Kosten bei Wiedereinsetzung in den vorigen Stand; § 155 III VwGO	27
d) Kosten bei Verschulden eines Beteiligten; § 155 IV VwGO	28
e) Kostenentscheidung bei teilweiser Klagerücknahme; § 155 II VwGO	28
f) Kosten bei übereinstimmender Teilerledigungserklärung; § 161 II VwGO	28
g) Notwendigkeit der Zuziehung eines Bevollmächtigten im Vorverfahren	29
III. Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit	30

1. Erklärung nur „wegen der Kosten“ oder bezüglich des gesamten Urteils?	30
2. Sicherheitsleistung (SiL) / Abwendungsbefugnis (§§ 708 ff. ZPO)	31
IV. Entscheidung über die Zulassung der Berufung	33
C. Tatbestand	34
I. Einleitungssatz	34
II. Feststehender Sachverhalt	34
III. Verfahrensgeschichte	35
IV. Prozessgeschichte ab Klageerhebung	35
V. Klägervorbringen	36
VI. Zuletzt gestellte Anträge des Klägers	36
VII. Antrag des Beklagten	38
VIII. Beklagtenvorbringen	38
IX. Antrag und Vorbringen übriger Beteiligten (insbesondere des Beigeladenen) . . .	38
X. Prozessgeschichte	39
XI. Abschlussatz	39
D. Entscheidungsgründe	40
I. Prozessuale Vorfragen	41
1. Der entscheidungserhebliche Streitgegenstand	41
a) Auslegung des Klagebegehrens bzw. Umdeutung des Klageantrags	41
b) Klageänderung	43
c) Klagerücknahme	45
aa) Teilweise Klagerücknahme	45
bb) Fehlen der Voraussetzungen für eine wirksame Klagerücknahme	45
cc) Rücknahmefiktion gem. § 92 II VwGO	46
d) Übereinstimmende Erledigungserklärung	47
e) Objektive Klagehäufung	49
2. Entscheidungsreife	50
a) Ladungsfrist, § 104 I VwGO	50
b) Terminverlegungsantrag	50
c) Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung	51
d) Entscheidung bei Ausbleiben von Beteiligten (§ 102 II VwGO)	51
e) Beweisantrag/Beweisermittlungsanregung	51
3. Die Art und Weise der Entscheidung	52
a) Entscheidung durch Gerichtsbescheid	52
b) Entscheidung durch Einzelrichter (§ 6 I VwGO)	53
c) Entscheidung durch den Berichterstatter (§ 87a II, III VwGO)	54
d) Entscheidung ohne mündliche Verhandlung (§ 101 II VwGO)	55
II. Begründung der Hauptsacheentscheidung	55
1. Begründung der Sachentscheidungsvoraussetzungen	56
a) Gerichtsbezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen	56
aa) Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs	57
(1) Verweisungsbeschlüsse	57
(2) Aufdrängende Spezialzuweisungen	57
(3) Verwaltungsgerichtliche Generalklausel (§ 40 I VwGO)	57
bb) Sachliche Zuständigkeit des VG	62
cc) Örtliche Zuständigkeit des VG	62
b) Beteiligtenbezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen	63
aa) Beteiligungsfähigkeit	63
bb) Prozessfähigkeit	64
cc) Ordnungsgemäße Vertretung	64
dd) Postulationsfähigkeit	65
c) Rechtsbehelfsbezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen	65
aa) Anfechtungsklage (§ 42 I Var. 1 VwGO)	65
(1) Statthaftigkeit der Anfechtungsklage	65
(2) Klagebefugnis (§ 42 II VwGO)	71
(3) Ordnungsgemäßes Vorverfahren (§ 68 I 1 VwGO)	75

(4) Klagefrist (§ 74 I VwGO)	78
bb) Verpflichtungsklage (§ 42 I Var. 2 VwGO)	90
(1) Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage	90
(2) Klagebefugnis (§ 42 II VwGO)	92
(3) Ordnungsgemäßes Vorverfahren (§ 68 II, I 1 VwGO)	92
(4) Klagefrist (§ 74 II, I VwGO)	92
cc) Statthaftigkeit und Sachentscheidungsvoraussetzungen der Fort- setzungsfeststellungsklage (§ 113 I 4 VwGO)	93
(1) Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	93
(2) Klagebefugnis	95
(3) Ordnungsgemäßes Vorverfahren	95
(4) Klagefrist	96
(5) Fortsetzungsfeststellungsinteresse	96
dd) Allgemeine Feststellungsklage (§ 43 VwGO)	98
(1) Statthaftigkeit der Feststellungsklage	98
(2) Subsidiarität der Feststellungsklage	99
(3) Feststellungsinteresse	100
(4) Klagebefugnis analog § 42 II VwGO	100
(5) Vorverfahren und Klagefrist	100
(6) Insbesondere: Erledigungs(feststellungs)streit	101
ee) Allgemeine Leistungsklage	103
(1) Statthaftigkeit der allg. Leistungsklage	103
(2) Klagebefugnis	103
(3) Vorverfahren (§ 68 VwGO)	104
(4) Klagefrist (§ 74 VwGO)	104
ff) Weitere rechtsbehelfsbezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen ..	104
(1) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	104
(2) Keine anderweitige Rechtshängigkeit	105
(3) Ordnungsgemäße Form (§ 81 I VwGO)	105
2. Begründetheit der Klage	108
a) Begründetheit der Anfechtungsklage	108
aa) Benennung der EGL	110
bb) Formelle Rechtmäßigkeit des VA	110
(1) Zuständigkeit	110
(2) Ordnungsgemäßes Verfahren	110
(3) Ordnungsgemäße Form	111
(4) Rechtsfolgen von formellen Fehlern	112
cc) Materielle Rechtmäßigkeit des VA	113
(1) Wirksamkeitskontrolle bei einfachgesetzlichen Normen	113
(2) Einhaltung allg. Rechtmäßigkeitserfordernisse	115
(3) Prüfung der tatbestandlichen Voraussetzungen der Norm	116
dd) Rechtsverletzung des Klägers	125
b) Begründetheit der Verpflichtungsklage	125
aa) Benennung der AGL	126
bb) Formelle Voraussetzungen der AGL	126
cc) Materielle Voraussetzungen der AGL	126
(1) Maßgebender Zeitpunkt im Fall der Verpflichtungsklage	126
(2) Prüfung der materiellen Anspruchsvoraussetzungen	127
(3) Rechtsfolge	127
c) Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	129
d) Begründetheit der allg. Feststellungsklage	129
e) Begründetheit der allg. Leistungsklage	129
III. Begründung der Nebenentscheidungen	130
1. Begründung der Kostenentscheidung	130
2. Begründung der Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit	131
3. Begründung sonstiger Nebenentscheidungen	131

E. Rechtsmittelbelehrung	131
F. Unterschrift	132
2. Kapitel. Entscheidung durch Gerichtsbescheid	133
A. Rubrum	133
B. Tenor	134
C. Tatbestand	134
D. Entscheidungsgründe	134
E. Rechtsmittelbelehrung	135
F. Unterschrift	135
3. Kapitel. Normenkontrollverfahren gem. § 47 VwGO	136
A. Rubrum	136
B. Tenor	137
I. Hauptsacheentscheidung	137
II. Kostenentscheidung	137
III. Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit	137
IV. Entscheidung über die Zulassung der Revision	137
V. Entscheidung über den Streitwert	138
C. Tatbestand	138
D. Entscheidungsgründe	138
I. Prozessuale Vorfragen	138
II. Darstellung des Gesamtergebnisses	138
III. Zulässigkeit des Normenkontrollantrags	138
1. Zuständigkeit des OVG/VGH	138
2. Statthaftigkeit des Antrags	139
3. Antragsbefugnis	139
4. Antragsfrist (§ 47 II 1 VwGO)	140
5. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	140
6. Gegebenenfalls berechtigtes Interesse an der Feststellung	140
IV. Begründetheit des Normenkontrollantrags	140
V. Begründung der Nebenentscheidungen	141
E. Rechtsmittelbelehrung und Unterschrift	141
F. Streitwertfestsetzung	141
4. Kapitel. Die verwaltungsgerichtliche Beschlussklausur	142
1. Unterkapitel. Beschluss im vorläufigen Rechtsschutzverfahren	142
A. Beschluss gem. § 80 V VwGO	142
I. Anordnung der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 V 1 Var. 1 VwGO	143
1. Rubrum	144
2. Tenor	144
3. Gründe zu „I.“	145
4. Gründe zu „II.“	145
a) Prozessuale Vorfragen	145
b) Sachentscheidungsvoraussetzungen	145
aa) Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs (§ 40 I VwGO)	146
bb) Zuständigkeit des Gerichts	146
cc) Ordnungsgemäße Antragstellung (§§ 81, 82 VwGO analog)	146
dd) Statthaftigkeit des Antrags	146
(1) Ausschluss der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 II 1 Nr. 1 VwGO	146
(2) Ausschluss der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 II 1 Nr. 2 VwGO	146
(3) Ausschluss der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 II 1 Nr. 3 und 3a VwGO	147
ee) Antragsbefugnis analog § 42 II VwGO	148
ff) Erhebung des Hauptsacherechtsbehelfs	148
gg) Rechtsschutzbedürfnis	148
c) Begründetheit des Antrags	149

d) Rechtsmittelbelehrung	150
e) Unterschriften der Richter	150
II. Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 V 1 Var. 2 VwGO ...	150
1. Rubrum	150
2. Tenor	150
3. Gründe zu „I.“	151
4. Gründe zu „II.“	151
a) Zulässigkeit des Antrags	151
aa) Statthaftigkeit des Antrags	151
bb) Antragsbefugnis analog § 42 II VwGO	151
cc) Richtiger Antragsgegner	151
dd) Rechtsschutzbedürfnis	151
b) Begründetheit des Antrags	151
aa) Formelle Ordnungsmäßigkeit der Vollziehungsanordnung	152
(1) Zuständigkeit	152
(2) Verfahren	152
(3) Form (Begründung)	152
bb) Interessenabwägung	154
c) Rechtsmittelbelehrung	156
d) Unterschriften der Richter	156
III. Feststellung der aufschiebenden Wirkung analog § 80 V 1 VwGO	156
1. Rubrum	156
2. Tenor	156
3. Gründe „I.“	157
4. Gründe „II.“	157
a) Zulässigkeit des Antrags	157
b) Begründetheit des Antrags	157
IV. Abänderungsantrag gem. § 80 VII VwGO	158
V. Beschluss gem. § 80a III VwGO beim Verwaltungsakt mit Doppelwirkung	159
1. Begünstigender Verwaltungsakt mit drittbelastender Wirkung (§ 80a I VwGO)	160
a) Rechtsbehelf des Dritten entfaltet keine aufschiebende Wirkung	160
aa) Rubrum	160
bb) Tenor	160
cc) Gründe zu „I.“	162
dd) Gründe zu „II.“	162
(1) Zulässigkeit des Antrags	162
(2) Begründetheit des Antrags	163
ee) Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter	164
b) Rechtsbehelf des Dritten entfaltet aufschiebende Wirkung	164
aa) Rubrum	164
bb) Tenor	164
cc) Gründe zu „I.“	165
dd) Gründe zu „II.“	165
(1) Zulässigkeit des Antrags	165
(2) Begründetheit des Antrags	165
ee) Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter	165
2. Belastender Verwaltungsakt mit drittbegünstigender Wirkung (§ 80a II VwGO)	165
a) Rechtsbehelf des belasteten Adressaten entfaltet aufschiebende Wirkung	166
b) Rechtsbehelf des belasteten Adressaten entfaltet keine aufschiebende Wirkung	166
B. Der Beschluss gem. § 123 VwGO	166
I. Rubrum	167
II. Tenor	167

III. Gründe zu „I.“	167
IV. Gründe zu „II.“	167
1. Sachentscheidungsvoraussetzungen des Antrags	167
2. Begründetheit des Antrags	169
a) Sicherungsanordnung	170
b) Regelungsanordnung	170
V. Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der Richter	171
C. Der Streitwertbeschluss	171
2. Unterkapitel. Beschluss bei übereinstimmender Erledigung der Hauptsache	172
A. Rubrum	173
B. Tenor	173
C. Gründe zu „I.“	173
D. Gründe zu „II.“	174
3. Unterkapitel. Beschluss über die Bewilligung von Prozesskostenhilfe	175
A. Rubrum	175
B. Tenor	175
C. Gründe zu „I.“	175
D. Gründe zu „II.“	176
E. Rechtsmittelbelehrung und Unterschriften der beteiligten Berufsrichter	176
2. Abschnitt. Die verwaltungsbehördliche Klausur	177
5. Kapitel. Behördliche Aufgabenstellungen im Verwaltungsverfahren	178
A. Entwurf eines Ausgangsbescheids	178
I. Aufbau des vorbereitenden Gutachtens	178
1. Entscheidung zur Hauptsache	178
2. Nebenentscheidungen	179
3. Zweckmäßigkeitserwägungen	180
II. Praktischer Teil	181
1. Entscheidungsentwurf	182
a) Eingangsteil	182
b) Entscheidungsformel („Tenor“)	184
aa) Entscheidung zur Hauptsache	184
bb) Nebenentscheidungen	185
(1) Androhung von Zwangsmitteln	185
(2) Kostenentscheidung	186
(3) Anordnung der sofortigen Vollziehung	187
c) Begründung	187
aa) Sachverhaltsdarstellung („I.“)	187
bb) Rechtliche Begründung („II.“)	187
(1) Begründung der Hauptsacheentscheidung	188
(2) Begründung der Androhung von Zwangsmitteln	189
(3) Begründung der Kostenentscheidung	189
(4) Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung	189
d) Rechtsbehelfsbelehrung	189
e) Unterschrift	190
2. Gegebenenfalls Vermerk	190
III. Begleitverfügung	190
B. Entwurf eines „Bescheides“ im Beschwerdeverfahren	190
I. Aufbau des vorbereitenden Gutachtens	191
1. Auslegung der Eingabe/des Prüfungsgegenstandes	191
2. Formelle Rechtmäßigkeit der gerügten Maßnahme	192
3. Materielle Rechtmäßigkeit der gerügten Maßnahme	192
4. Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise/zusammenfassender Vorschlag	192
II. Praktischer Teil	192
1. Entwurf eines „Bescheides“ an Beschwerdeführer	192
a) Eingangsteil des „Bescheides“	193
b) „Entscheidungsformel“	193

c) Begründung	193
2. Gegebenenfalls zusätzliche Verfügung	193
6. Kapitel. Behördliche Aufgabenstellungen im Widerspruchsverfahren	195
A. Entwurf eines Widerspruchsbescheides	195
I. Aufbau des vorbereitenden Gutachtens	195
1. Widerspruchsbescheid als zulässige Entscheidungsform	195
a) Auslegung des Rechtsbehelfs als Widerspruch	196
b) Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	196
c) Durchführung eines Abhilfeverfahrens	196
2. Zulässigkeit des Widerspruchs	196
a) Verwaltungsrechtliche Streitigkeit	197
b) Statthaftigkeit des Widerspruchs	197
c) Widerspruchsbefugnis (§ 42 II VwGO analog)	197
d) Ordnungsgemäße Form des Widerspruchs (§ 70 I VwGO)	197
e) Einhaltung der Widerspruchsfrist (§ 70 I VwGO)	198
f) Kein Verzicht auf Durchführung des Widerspruchsverfahrens	200
3. Begründetheit des Widerspruchs	200
a) Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs	200
aa) Formelle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheides	200
bb) Materielle Rechtmäßigkeit des Ausgangsbescheides	201
b) Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs	202
4. Nebenentscheidungen	202
a) Anordnung der sofortigen Vollziehung (§ 80 II 1 Nr. 4 VwGO)	202
b) Aussetzung der sofortigen Vollziehung (§ 80 IV VwGO)	202
c) Entscheidungen zum Verwaltungszwang	203
d) Kostenentscheidung	203
5. Zweckmäßigkeitserwägungen	205
6. Gegebenenfalls abschließender Vorschlag	205
II. Praktischer Teil: Entwurf des Widerspruchsbescheides	205
1. Eingangsteil	206
2. Entscheidungsformel	207
a) Hauptsacheentscheidung	207
aa) Anfechtungswiderspruch	207
bb) Verpflichtungswiderspruch	207
b) Nebenentscheidungen	208
aa) Entscheidung über die Anordnung (§ 80 II 1 Nr. 4 VwGO) und Aussetzung (§ 80 IV VwGO) der sofortigen Vollziehung	208
bb) Verwaltungszwang	208
cc) Kostenentscheidung	208
3. Begründung	209
a) Sachverhalt („I.“)	209
b) Rechtliche Begründung („II.“)	209
aa) Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	209
bb) Begründung der Hauptsacheentscheidung	210
cc) Begründung der Nebenentscheidungen	210
(1) Begründung der Anordnung (§ 80 II 1 Nr. 4 VwGO) bzw. Aussetzung (§ 80 IV VwGO) der sofortigen Vollziehung	210
(2) Begründung der Zwangsmittel	210
(3) Begründung der Kostenentscheidung	210
4. Rechtsbehelfsbelehrung	210
III. Begleitverfügung	210
B. Entwurf eines Abhilfebescheides	212
C. Entwurf eines Vorlageberichtes	212
I. Vorbereitendes Gutachten	213
II. Praktischer Teil	213
1. Entwurf des Vorlageberichts	213

a) Eingangsteil	213
b) „Tenor“	214
c) Begründung	214
2. Gegebenenfalls ergänzendes Schreiben an Widerspruchsführer	214
7. Kapitel. Behördliche Aufgabenstellungen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren	215
A. Aufbau des vorbereitenden Gutachtens	215
B. Praktischer Teil: Schriftsatz an das Gericht	217
I. Eingangsteil	217
II. „Rubrum“	217
III. Antrag	217
IV. Begründung	218
V. Schlussformalien	219
8. Kapitel. Anwaltsklausur im Widerspruchsverfahren	220
A. Aufbau des vorbereitenden Gutachtens	220
I. Zusammenfassender Vorschlag	220
II. Sachverhaltsdarstellung	220
III. Auslegung des Mandantenbegehrens	221
IV. Zulässigkeit des Widerspruchs	222
V. Begründetheit des Widerspruchs	222
VI. Zweckmäßigkeitserwägungen	223
1. Sollte Widerspruch erhoben werden („Ob“)?	223
2. Gegen „wen“ ist Widerspruch zu erheben?	224
3. „Wie“ ist Widerspruch zu erheben?	224
4. „Wo“ ist Widerspruch zu erheben?	226
B. Praktischer Teil	226
I. Entwurf des Widerspruchsschreibens/ausformulierter Antrag	226
II. Entwurf des Mandantenschreibens	228
III. Entwurf etwaiger weiterer Schriftsätze	229
9. Kapitel. Anwaltsklausur im Klageverfahren	230
1. Unterkapitel. Anwaltliche Beratung des (potenziellen) Klägers	230
A. Aufbau des vorbereitenden Gutachtens	230
I. Zusammenfassender Vorschlag	230
II. Sachverhaltsdarstellung	231
III. Auslegung des Mandantenbegehrens	231
IV. Zulässigkeit der Klage	232
V. Begründetheit der Klage	232
VI. Zweckmäßigkeitserwägungen	235
1. Sollte Klage erhoben werden („ob“)?	235
2. „Wer“ sollte Klage erheben?	241
3. Gegen „wen“ ist die Klage zu richten?	241
4. „Wie“ ist Klage zu erheben?	242
5. „Wo“ ist Klage zu erheben?	246
B. Praktischer Teil	247
I. Entwurf der Klageschrift	247
II. Entwurf des Mandantenschreibens	249
2. Unterkapitel. Anwaltliche Beratung des Beklagten	250
A. Aufbau des vorbereitenden Gutachtens	250
I. Klärung des Rechtsbehelfs	250
II. Zulässigkeit der Klage	250
III. Begründetheit der Klage	251
IV. Zweckmäßigkeitserwägungen	251
B. Praktischer Teil	251
3. Unterkapitel. Anwaltliche Beratung des Beigeladenen	252
A. Aufbau des vorbereitenden Gutachtens	252
I. Klärung des Rechtsbehelfs	252
II. Zulässigkeit der Klage	252

III. Begründetheit der Klage	253
IV. Zweckmäßigkeitserwägungen	253
1. Antrag auf Beiladung	253
2. Kostenrisiko (§§ 154 III, 162 III VwGO)	255
3. Zu stellender Sachantrag	255
4. Beiladung im vorläufigen Rechtsschutz	255
B. Praktischer Teil	255
I. Es ist noch keine Beiladung erfolgt	255
II. Der Mandant ist bereits beigeladen worden	256
10. Kapitel. Anwaltsklausur im Rechtsmittelverfahren	257
1. Unterkapitel. Beratung im Berufungs(zulassungs-)verfahren	257
A. Aufbau des vorbereitenden Gutachtens	257
I. Rechtsbehelfsstation	257
II. Zulässigkeit des Antrags	258
1. Verwaltungsrechtsweg	258
2. Statthaftigkeit des Antrags auf Zulassung zur Berufung	258
3. Form (§ 124a IV 2–3 VwGO)	258
4. Frist (§ 124a IV 1 VwGO)	259
5. Beschwer	259
6. Rechtsmittelberechtigung	259
7. Darlegung der Zulassungsgründe	259
III. Begründetheit des Antrags	260
1. Ernstliche Zweifel an der Richtigkeit des Urteils (§ 124 II Nr. 1 VwGO)	260
2. Verfahrensmangel (§ 124 II Nr. 5 VwGO)	261
IV. Zweckmäßigkeitserwägungen	261
1. Ist ein Zulassungsantrag zu stellen („Ob“)?	261
2. „Wo“ ist der Zulassungsantrag zu stellen?	261
B. Praktischer Teil	261
2. Unterkapitel. Anwaltliche Beratung im Beschwerdeverfahren	262
A. Aufbau des vorbereitenden Gutachtens	262
B. Praktischer Teil	262
11. Kapitel. Anwaltsklausur im vorläufigen Rechtsschutz	263
A. Aufbau des vorbereitenden Gutachtens	263
I. Auslegung des Mandantenbegehrens	263
II. Zulässigkeit des Antrags	263
III. Begründetheit des Antrags	263
IV. Zweckmäßigkeitserwägungen	264
1. Generelle Frage des Vorgehens im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes („ob“)	264
2. Gegen „wen“ ist der Antrag zu richten?	264
3. „Wie“ ist der Antrag zu stellen?	264
4. „Wo“ ist der Antrag zu stellen?	265
B. Praktischer Teil	266
I. Formulierungsvorschlag für Antrag gem. § 80 V 1 VwGO	266
II. Formulierungsvorschlag für Antrag gem. § 123 VwGO	267
Stichwortverzeichnis	269